

Die Suche nach den verschwundenen und verschleppten Kindern Guatemalas

Sechs Jahre sind verstrichen seit der offiziellen Beendung von 36 Jahren Staatsrepression und Genozid in Guatemala. Über zwanzig Jahre sind vergangen seit Militärmassaker und berechneter Staatsterrorismus die Achi-Gemeinden in der Gegend von Rabinal in Baja Verapaz zerrissen haben. Heute beginnen Witwen und Überlebende des Massakers nach ihren Kindern und Grosskindern zu suchen, die während des Konflikts verschwunden sind.

Der Autor des folgenden Artikels, der Kanadier Aaron Bates, ist Mitglied der Menschenrechtsorganisation *Human Right Watch* und arbeitet als Praktikant für ADIVIMA (Vereinigung für eine integrale Entwicklung der Gewaltopfer in den Verapaces, Maya Achí) in Rabinal.

ADIVIMA, eine Vereinigung, die sich für die Gewaltopfer in Alta und Baja Verapaz einsetzt, ist eine Basisorganisation mit Sitz in Rabinal. Sie engagiert sich in der Erinnerungsarbeit und in der Würdigung der Opfer, kämpft dafür, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit geahndet werden und organisiert soziale und ökonomische Hilfeleistungen für Überlebende solcher Verbrechen.

Neben dieser Arbeit hilft ADIVIMA, zusammen mit der *Nationalen Kommission für die Suche nach verschwundenen Kindern*, Kinder zu suchen und zu identifizieren, die entführt wurden oder während der Zeit des Genozids und der Repression adoptiert wurden.

Die nationale Wahrheitskommission (CEH) kam 1999 zum Schluss, dass während des bewaffneten Konflikts über 200'000 Personen (meist Mayas) massakriert oder verschleppt, nahezu 1,5 Millionen Menschen zwangsumgesiedelt und mehrere hunderttausend Kinder zu Waisen wurden. Ausserdem stellte sie fest, dass die Regierung Guatemalas (damals wie heute gedeckt von den USA, anderen westlichen Staaten, der Weltbank, globalen Konzernen und Banken) in Rabinal und in andern, vorwiegend von Mayas bewohnten Regionen, Völkermord beging.

Am 14. November 2002 erschien eine Gruppe von 40 Witwen, begleitet von VertreterInnen von ADIVIMA und der *Nationalen Kommission für die Suche nach verschwundenen Kindern*, vor den gut polierten Türschwellen der *Zona Miliar 21*, einer Militärbasis nahe Cobán, Alta Verapaz. Am Eingang der Militärbasis werden BesucherInnen von einer Tafel begrüsst, verziert mit gekreuzten amerikanischen und guatemalteckischen Flaggen, welche an den Tod guatemalteckischer und amerikanischer Fliegerpiloten erinnert, die während gemeinsamen Militärübungen gefallen sind. Als Zeichen dafür, dass sich gewisse Dinge verändert haben seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages 1996, war der amtierende Kommandant der Militärzone 21 bereit, die Delegation zu empfangen.

Während des Treffens übergaben die Überlebenden von Rabinal dem Kommandanten der Basis ein Dokument, das belegt, dass sie am 14. Mai 1982 am Rio Negro während der Massaker in *Los Encuentros* ZeugInnen der Entführung von

44 Menschen waren. Bei den Entführten handelte es sich vor allem um Kinder, aber auch Frauen und ältere Menschen wurden mit Militärhelikopter der Militärzone 21 weggebracht. Vierzig weitere Menschen wurden am selben Tag durch Paramilitärs und Soldaten ermordet.

Es ist ein positives Zeichen, dass einige der schwächsten Mitglieder der guatemalteckischen Gesellschaft heute die soziale Kraft haben, sich mit einer Institution zu konfrontieren, die ehemals alles unternahm, um sie zu zerstören. Wie wenig sich gewisse Dinge in Guatemala verändert haben, zeigt aber die Reaktion des Kommandanten auf den Besuch und das ihm überreichte Dokument. Viele schreckliche Sachen seien während des Krieges passiert, sagte er. Das sei die unglückliche Realität der Kriegsführung. Das moderne Militär unternahme heute alles, um mit den Menschen zusammen zu arbeiten. Und so weiter und so fort.

Die Familien verliessen die Militärbasis mit nichts ausser dem vagen Versprechen, dass das Militär in den Archiven (von welchen behauptet wird, sie würden alle drei Jahre zerstört) nach Informationen über das Massaker in *Los Encuentros* suchen würde. So weit, so schlecht. Dennoch nahmen die Überlebenden auch das Wissen mit, dass sie ihren früheren Unterdrückern gegenüber getreten sind und ihre Geschichte denjenigen erzählt hatten, die ihre Kinder entführten und ihre Familien folterten.

Während der Kriegsjahre engagierten sich gewisse Mitglieder der katholischen Kirche aktiv und mutig im Verstecken von Waisen und von Kindern, die durch Vergewaltigung gezeugt wurden. Vergewaltigung war damals eine weitverbreitete Repressionsform der Armee und von Paramilitärs. So besuchte ADIVIMA und die Überlebenden der Massaker mit ihrer Delegation auch katholische Schwestern in Cantabál und in der Gemeinde Pacux in der Nähe von Rabinal

In Pacux (wo die Überlebenden des Rio Negro Massakers heute leben) konnte eine katholische Schwester, die während des Krieges mit Waisen gearbeitet hatte, die Adoption von 32 Kindern durch irische, norwegische und schwedische Familien mit Fotos belegen. Während dieses Treffens wurden möglicherweise vier Kinder aus den um-

liegenden Dörfern von Cancún, Chichupac und Chuateguá wie auch aus Pacux von Familienangehörigen identifiziert. Drei dieser Kinder wurden damals vom Militär in Gefangenschaft gehalten, das vierte wurde der katholischen Kirche anvertraut, da die Mutter durch Militäranghörige vergewaltigt wurde.

Kinder zu identifizieren (mittlerweile sind all diese Kinder erwachsen, zwischen 20 und 30) ist nicht unbedingt der erste Schritt in der Wiedervereinigung der Familien. Potenzielle Familienzusammenführung ist auch unter besten Voraussetzungen ein komplexer, schmerzhafter Prozess. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, dass sich das Leben der jungen Erwachsenen in Europa stark vom Leben ihrer Familien im ländlichen Guatemala unterscheidet. Sie sprechen Englisch, Norwegisch und Schwedisch. Ihre biologischen Familien sprechen die Mayasprache Achí und vielleicht ein wenig Spanisch als erste Fremdsprache. Es ist gut möglich, dass aus diesem Grund erst 12 von 32 Kindern zugestimmt haben, mit ihren biologischen Familien in Kontakt zu treten. Wahrscheinlich erinnern sich die Kinder kaum an das Ausmass von Repression und Völkermord gegenüber ihren Gemeinden und wurden später auch nicht über die Zusammenhänge ihrer Adoption informiert.

Unter diesen Bedingungen mag man sich fragen, ob die Suche nach Kindern, die vor über 20 Jahren verschleppt

wurden, überhaupt Sinn macht. Was bringen schmerzliche Treffen mit hochmütigen und oft rassistischen Militärvertretern, wenn die Auskünfte, die sie offerieren, nur leere Worthülsen sind? Was bringt es, von europäischen Familien adoptierte Kinder zu suchen, wenn wir in Betracht ziehen, dass diese Kinder ihre Muttersprache nicht kennen, keine Ahnung von der Kultur ihrer Eltern haben und vielleicht nicht mal einem Kontakt zustimmen?

Selbstverständlich sind diese Treffen und der laufende Prozess existenziell für die überlebenden Familienmitglieder, die immer noch in extremer Armut und konfrontiert mit Rassismus leben, die oft einen halben Tag zu Fuss zum nächsten Treffen unterwegs sind. Für Menschen, denen alles genommen wurde, ist es ein wichtiger Prozess, ihre zerrissenen und verstreuten Familien und Gemeinden wieder zusammenzubringen.

Ausserdem bilden die Treffen eine Plattform, wo Frauen meist zum ersten Mal ihre Geschichte erzählen können, im Wissen darum, dass die anderen sich dafür interessieren, was sie zu sagen haben. Viele Frauen weinen, während sie beschreiben, wie sie aus Verzweiflung ihre Kinder der Kirche übergeben haben. Noch schlimmer schluchzen die Frauen, deren Kinder entführt und von Militärhelikoptern vor ihren Augen weggeflogen wurden. Diese Frauen sprachen womöglich zum ersten Mal in ihrem Le-

ben über ihr Leid und ihre Erfahrungen. Alte Wunden können auf verschiedene Arten geheilt werden; zu wissen, dass andere mit Mitgefühl zuhören, ist eine davon.

Carlos Chen Osorio ist selbst ein Überlebender der Massaker vom 13. März 1982 in Rio Negro. Damals hatte er seine schwangere Frau und zwei kleine Kinder verloren. Heute ist er verantwortlich für die Menschenrechtsabteilung von ADIVIMA. Für ihn sind die Zusammenkünfte sehr wichtig, weil einerseits über die eigene Geschichte gesprochen wird und andererseits zumindest die Hoffnung besteht, herauszufinden, ob die eigenen Kinder noch leben.

Individuelle und gemeinsame Heilungsprozesse bilden den entscheidenden ersten Schritt in Richtung sozialer Wiederherstellung und wirtschaftlicher Entwicklung in den Gemeinden.

Trotz ihres Mutes, ihren Unterdrückern gegenüber zu treten, offen und menschlich über die erlittenen Verluste zu sprechen und verschwundene Kinder zu suchen und zu identifizieren, bleiben diese Menschen arm und ausgegrenzt. Ausserdem erhalten sie für ihre entsetzlichen Verluste durch 36 Jahre Krieg in Guatemala keine Wiedergutmachung. Nichts desto trotz helfen kleinste Erfolge in Menschenrechtsfragen, auch wenn sie kaum spür- oder messbar sind, den Heilungsprozess voranzubringen und Gerechtigkeit aufzubauen.

...Nachtrag...

Guatemala, 19. März. Die *Vereinigung für eine integrale Entwicklung der Gewaltopfer in den Verapaces, Maya Achí*, ADIVIMA, gab bekannt, dass Angehörige der Militärbasis in Rabinal eine Einschüchterungskampagne gegen Mitglieder ihrer Organisation sowie gegen die Bevölkerung im allgemeinen gestartet hat. Anlässlich einer Pressekonferenz vom 18. Februar sagte Juan de Dios García von ADIVIMA, dass einige ihrer Leute von einem Militär bedroht worden seien, als sie Filmaufnahmen des Monumentes machten, das an die Opfer des bewaffneten Konflikts erinnert. Als Beweis zeigten sie Videoaufnahmen, auf denen der Militäranghörige die Filmenden beschuldigt, Arbeit für die Guerilla zu machen. Weiter unterstellte er den BewohnerInnen der Siedlung Pacux, im Besitz von Waffen zu sein. In Pacux leben die Hinterbliebenen und Vertriebenen von Río Negro, wo zwischen Februar und September 1982 rund 300 Personen, davon mehr als die Hälfte Jugendliche, vom Militär umgebracht wurden.

Zu diesen Anschuldigungen kommen laut ADIVIMA nächtliche Schüsse in der Nähe der Siedlung und die einschüchternde Präsenz von Militär und ehemaligen Zivilpatrouillisten bei Exhumierungsarbeiten. ADIVIMA fordert eine sofortige Untersuchung dieser Vorkommnisse und bittet die internationale Gemeinschaft um Begleitung.

Damit diese Drohungen nicht in Gewaltakte ausarten, fordert ADIVIMA die sofortige Schliessung der Militärbasis. Diese Forderung hält die Organisation schon seit Jahren aufrecht und bezieht sich dabei auf die Friedensabkommen. Ihr Vorschlag ist, die Kaserne in ein Altersheim umzufunktionieren für Personen, die ihre Angehörigen im Krieg verloren und entsprechend niemanden haben, der oder die für sie sorgt.

Die nebst ADIVIMA ebenfalls im obigen Artikel erwähnte *Nationale Kommission für die Suche nach verschwundenen Kindern*, wurde am 19. März vom Menschenrechtsprokurator Sergio Morales endlich offiziellisiert. Die Kommission entspricht einer Vereinba-

rung in den Friedensabkommen. Da die Regierung ihre Einsetzung über lange Zeit verzögerte, ergriffen verschiedene Volksorganisationen selber die Initiative und gründeten die Kommission.

Am 3. März wurden zwei Mitarbeiterinnen der Nichtregierungsorganisation *Wo sind die verschwundenen Kinder?* in der Nähe ihres Büros von drei bewaffneten Männern angegriffen. Als eine der beiden Frauen sich weigerte, die Büroschlüssel auszuhändigen, wurde sie niedergeschlagen und während einer ihr eine Waffe an den Kopf hielt, schrie eine anderer: "Tötet sie ein für alle mal!" Schliesslich nahmen sie ihr nicht nur die Schlüssel vom Büro wie auch von ihrer Wohnung ab, sondern auch Identitätspapiere und Geld.

Bereits am 27. und 28. Februar wurden zwei Mitarbeiter der Organisation unabhängig voneinander überfallen und ausgeraubt. Was sie damals noch als gewöhnliche Kriminalität einschätzten, bekommt mit dem Überfall auf die beiden Arbeitskolleginnen eine neue Bedeutung.

Lange nicht genug

Guatemala, 17. März. Um die regionalen Standards zu erfüllen, nach denen vier PolizistInnen auf 1'000 EinwohnerInnen kommen, muss das Kontingent an AgentInnen der Nationalen Zivilpolizei (PNC) auf 44'000 aufgestockt werden. Die aktuellen 20'000 reichen nicht aus, um die Sicherheit im Land zu gewährleisten, so der Leiter des Beratungsressorts zur Institutionellen Stärkung der UN-Mission MINUGUA.

Obwohl die Polizeiakademie ein Ausbildungswachstum verzeichnete, wurde die in den Friedensverträgen festgesetzte Anzahl von 20'000 ausgebildeten PolizistInnen erst mit einem Jahr Verspätung erreicht, zudem wurde der Etat drastisch gekürzt, was die vereinbarte Stärkung der zivilen Körperschaften konterkariert. Währenddessen gedeiht die Armee in der Nachkriegszeit fröhlich vor sich hin. Mario Polanco von der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) weist darauf hin, dass die PNC über einen Haushalt von Q 14 Mio. verfügt, während die Politechnische Schule und andere Militärfortbildungszentren Q 100 Mio. zugeteilt bekommen.

Die Polizeiakademie wurde 1997 gegründet und könnte 1'500 AspirantInnen beherbergen, jedoch werden die Installationen von anderen Korps wie dem *Sekretariat für Verwaltungsangelegenheiten* und der *Präsidialen*

Sicherheit (SAAS), das mit eigenem Etat ausgestattet ist, belegt.

Zu dem Mangel an geeigneter Einrichtung und Ausstattung, um praktische und körperliche Vorbereitungs- und Trainings für angehende PolizistInnen durchzuführen, kommt die erschwerende Tatsache, dass 50% der AgentInnen „recycled“ wurden und aus ehemaligen Polizei-Korps stammen. Deren „schlechte“ Praktiken und Gewohnheiten kehren dadurch immer wieder und bestehen aufgrund der Schwächen des Sanktionierungssystems weiter.

Doch, so Polanco, solange die öffentliche Sicherheit nicht zu einem Thema von nationaler Priorität gemacht werden werden sich das Ausmass an tagtäglichem Gewalt und Be-

drohung weiter steigern.

Dass diese schlechten Gewohnheiten nach wie vor gang und gäbe sind, beweisen die folgenden zwei Meldungen: Endlich wurden fünf Polizisten verhaftet und ins Gefängnis gebracht. Sie werden beschuldigt, im Oktober 2002 im Gefängnis von Chiquimula einen Gefangenen zu Tode geprügelt zu haben.

Am 6. März dieses Jahres haben Militärangehörige der neuen Antidrogengruppe SAIA während einer Drogenrazzia in der *Sierra de las Minas* drei Verhaftete brutal und während Stunden gefoltert, bevor sie sie zuerst in die Kaserne und dann vor einen Richter brachten. Die Nachricht wurde vom zuständigen Militärsprecher dementiert.

Guatemala und der Krieg gegen den Irak

Guatemala, 20. März. Auch in Guatemala spricht sich ein grosser Teil der Bevölkerung gegen den Krieg gegen den Irak aus (laut einer Umfrage von *Prensa Libre* sind es 74%). Bereits in den vergangenen Wochen fanden sowohl in der Hauptstadt wie auch in Quetzaltenango Friedensdemos statt. Am Mittwoch, noch vor Ablauf des US-amerikanischen Ultimatums an Saddam Hussein, protestierten Mitglieder der URNG und der *Allianz gegen Straffreiheit* vor der US-amerikanischen Botschaft. Dabei wurden sie vom Botschaftspersonal fotografiert, was der Professor für Menschenrechte der Universität Rafael Landívar, Ramón Cadena, als klare Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäusserung bezeichnete. In ihren Stellungnahmen solidarisiert sich die guatemaltekeische Zivilgesellschaft mit der Bevölkerung des Iraks. In Guatemala kenne man die Auswirkungen von Krieg und Zerstörung zu Genüge, heisst es in verschiedenen Erklärungen. Menschenrechtsorganisationen riefen zum Boykott US-amerikanischer Produkte auf.

Obwohl er ein entsprechendes Dokument der zentralamerikanischen Präsidenten nicht mitunterzeichnete, liess Präsident Portillo seinen Kollegen Bush wissen, dass Guatemala ein Alliiertes der USA sei. Internationale Terroristen hätten Guatemala als Brücke benutzt, um in die Vereinigten Staaten einzureisen. Das allein sei Grund genug für eine Allianz, sagte Portillo.

ExpertInnen befürchten, dass der Krieg gegen den Irak unweigerlich Auswirkungen auf die guatemaltekeische Wirtschaft hat. Befürchtet wird eine Er-

höhung der Benzinpreise, was sich in kurzer Zeit auf alle Waren sowie auf den Strompreis auswirken wird. Zentralbankpräsident Lizardo Sosa bedauert, dass der Kongress nicht auf seinen Antrag eingestiegen ist, einen Teil des Erlöses der sogenannten „Friedensanleihen“ als Reserve für schwierige Zeiten zurückzustellen. Eine Wirtschaftskrise als Folge des Irakkriegs wäre genau so ein Fall, erklärte er.

In UnternehmerInnenkreisen befürchtet man einen Rückgang der Exporte nach Saudi Arabien, den Arabischen Emiraten, Israel und Kuwait. Letztes Jahr wurde für 60 Mio. US-\$ Kardamom und Sesam in den Mittleren Osten exportiert.

Auch guatemaltekeische MigrantInnen in den USA bekommen die Folgen des Krieges zu spüren. Seit der sog. Krieg gegen den Terrorismus begonnen hat, gehörten LateinamerikanerInnen zu den „suspekten Elementen“ in den Vereinigten Staaten und seien vermehrt Diskriminierung und Repression ausgesetzt, sagte Walter Arreaga vom Menschenrechtsbüro des *Haus der MigrantInnen*. Dies habe direkte Auswirkungen auf die ins Heimatland Guatemala zurückgeschickten Gelder, den *remesas*.

Eine weitere Konsequenz des Krieges nennt Juan Pablo Corlazzoli, Koordinator der UNO in Guatemala: Wenn Staaten militärisch aufrüsten, ziehen sie die Gelder meist aus der internationalen Zusammenarbeit ab. Auch die Hilfswerke und Organisationen der UNO werden ihre Mittel für humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau des Iraks zu Lasten der Entwicklungszusammenarbeit in andern Regionen umverteilen.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treec

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Doch ein Schritt voran?

Guatemala, 18. März. Nach 51 Tagen "permanenter Versammlung" haben die guatemalteckischen LehrerInnen nun den Schulbetrieb wieder aufgenommen. Während schliesslich auch vom Verfassungsgericht der Streik als illegal beurteilt worden und den DozentInnen ein Ultimatum von fünf Tagen zur Rückkehr in die Schulen gesetzt worden war, kam es nach zähen Verhandlungen zwischen der Nationalen LehrerInnenvereinigung ANM und der Regierung doch zu einer Einigung, die letztendlich neun Punkte umfasst. Dazu gehört eine Gehaltserhöhung um 150 Quetzales (ca. US\$ 19) – je nach Besoldungsstufe kann dies mehr sein – für die mehr als 80'000 staatlich angestellten LehrerInnen und weitere 9'000 Verwaltungsangestellte des Erziehungsministeriums (MINEDUC) ab dem 1. März. Vereinbart wurde auch eine Haushaltserhöhung des MINEDUC um Q 780 Mio. (ca. US\$ 100 Mio.). Um die "verlorene" Unterrichtszeit wieder aufzuholen, müssen die LehrerInnen jeden Tag eine Stunde länger arbeiten. Eine aus beiden Parteien bestehende Kommission soll darüber entscheiden, wie mit dem noch ausstehenden Gehalt vom Februar und den angedrohten Entlassungen und arbeitsrechtlichen Sanktionen gegen die Streikenden umgegangen werden soll, die im Grunde durch das akzeptierte Ultimatum vom Verfassungsgericht bereits zugesprochen bzw. aufgehoben sind. Eine weitere zu bildende, integrierte Instanz wird damit beauftragt, sich um die Verbesserung diverser Regierungsprogramme im Bildungssektor zu kümmern. Dazu gehören Stipendien, Schultaschen, Lehr- und Lernmaterial und Transportbeihilfen. Bis zum 30. April soll eine Arbeitsgruppe aus ANM und MINEDUC ein Programm für die fachliche Entwicklung und Überarbeitung des Curriculums sowie der Profes-

sionalisierung des Lehrkörpers vorlegen. Zwei weitere Punkte der Vereinbarungen sind die Beteiligung der ANM an der Aufstellung des Haushaltsplans des MINEDUC für 2004 und die Erarbeitung eines Chronogramms für den weiteren Verlauf des Dialogs, um die Erfüllung der Abkommen voranzutreiben.

Die finanziellen Mittel für die angekündigten Massnahmen sollen durch entsprechende Überweisungen von Seiten der staatlichen Institutionen UCEE (staatliche Baubehörde), FONAPAZ (Friedensfonds), FIS (Sozialfonds) und dem Landwirtschaftsministerium beschafft werden. Bildungsminister Torres zieht auch den Rückgriff auf die Finanzen der Alphabetisierungsprogramme in Betracht.

Die Regierung wurde bei der Unterzeichnung des Abschlussdokuments durch die Minister für Bildung, Mario Torres, für Arbeit, Victor Moreira, und für Finanzen, Eduardo Weymann, vertreten. Neben den sieben RepräsentantInnen der ANM signierten zudem die beiden Ehrenzeugen Monseñor Quezada Toruño der Katholischen und Vitalino Similox der Evangelischen Kirche.

Ungeachtet dieser Abmachungen kreiert Präsident Portillo mal eben das "System für die Dezentralisierung der Bildung" SIDEGE. Darin sollen die bisherigen selbstverwalteten PRONADE-Schulen (und u.a. deren Etat) aufgehen. Den dann in "Bildungsvereinigungen" organisierten Eltern als einziger Kontrollinstanz käme mithin die Einstellung und Entlassung des Lehr- und Verwaltungspersonals sowie die Unter- und Instandhaltung des Schulbetriebs zu.

Für Moisés Fuentes von der ANM stellt das SIDEGE Teil der Privatisierung des Bildungssektors dar, das zusätzlich politisches Manöver der Regierungspartei sei, um parteigetreue Elternvereini-

gungen zu schaffen und damit die Aktionen der Lehrerschaft der letzten Wochen zu bestrafen. Auch die Eltern sind gegen den neuen Plan und nicht bereit, die Verantwortung des Staates zu übernehmen. Zudem wäre gerade die in den ländlichen Gebieten betroffene Bevölkerung durch dieses aufgezwungene unentgeltliche Ehrenamt über alle Massen belastet.

Bei der symbolischen Schuljahreseröffnung auf dem Platz der Konstitution, bei der auch der vier während des Streiks durch Unfälle verstorbenen LehrerInnen gedacht wurde, betonte die ANM, dass die Wiederaufnahme des Unterrichts kein Nachgeben ihrerseits bedeute, sondern dass die LehrerInnen im Zweifel wieder zu Massnahmen greifen würden. Zudem rief die Vereinigung die LehrerInnen zum Gewerkschaftsbeitritt in allen 22 Departements auf, um schliesslich eine nationale magisteriale Föderation zu bilden und den Privatisierungsplänen zu entgegnen.

Der verspätete Schulbeginn führte die aktuelle katastrophale Situation des Schulsystems vor Augen: Es mangelt vielerorts an den grundsätzlichsten Dingen, oft findet der Unterricht in privaten, nicht adäquaten Räumen statt.

Zwar ist mit der erreichten Einigung der erste Schritt für die seit Jahren notwendige Instandsetzung des Bildungssystems in Angriff genommen worden. Doch hat sich die Diskussion über die ursprünglich bereits vor einem Jahr eingereichten 33 Forderungen der LehrerInnen letztlich doch auf die ökonomische Ebene beschränken lassen. Dazu kommt sicherlich auch die fehlende politische Anbindung und der Mangel einer mittel- und langfristigen Strategie, mit welcher das strukturelle Problem der öffentlichen Bildung möglicherweise gelöst werden könnte.

Es werden weniger

Guatemala, 15. März. Der Leiter des *Sekretariats für Verwaltungsangelegenheiten und Sicherheit* (SAAS), Ricardo Marroquín, kündigte für Oktober die vollständige Auflösung des *Präsidentialen Generalstabs* (EMP) an. Ab dem Zeitpunkt werde das SAAS einzige präsidentiale Abteilung in Sachen Sicherheit sein.

Der lang angekündigte und in den Friedensverträgen festgeschriebene Auflösungsprozess des EMP begann im vergangenen Dezember mit der Verringerung um 25% der Angestellten. Für spätestens Anfang April ist die Kürzung

um weitere 50% vorgesehen. Bereits seit einiger Zeit gehört zum Aufgabenbereich des SAAS die Sicherheit des Vizepräsidenten Reyes López, fünf MinisterInnen sowie zwei Ex-Präsidenten.

Aufgrund von gravierenden Etatdefiziten müssen möglicherweise schon bald drei andere Exekutiveinheiten des Präsidentialen Koordinationssekretariates (SCEP) ihre Pforten schliessen, so dessen Chef, Ronaldo Herrarte.

Zu diesen gehören die Direktion für Siedlungs- und Wohnungsbau (DAH-VI), die bislang für prekäre Ansiedlungen zuständig ist und sich auch um

Trinkwasser, Dränagen, Kommunalsäle und Schulen kümmerte. Für dieses Jahr war die Investition von Q 50 Mio. für die Ausführung von mehr als 30 Projekten geplant.

Eine andere von der Schliessung gefährdete Abteilung ist die sogenannte Unterstüzungseinheit, die Mittel und Materialien für Notsituationen verwaltet.

Die dritte betroffene Stelle ist jene, die die Schwermaschinerie des SCEP im Wert von Q 800 Mio. betreut. Diese werden für die Öffnung von Schneisen und die Einebnung von Strassen genutzt.

Oh, wie schön ist Panama?

Panama City, 7. März. Die Wirtschaftskammer des Höchsten Gerichtshofes von Panama hat die Aufhebung des Bankgeheimnisses im Fall *Connexion Panama* beschlossen, bei dem Funktionäre der aktuellen guatemaltekischen Regierung in vermutliche Wäsche öffentlicher Gelder verwickelt sind (siehe ¡Fijáte! 255 und 256).

Auf Geheiss des Generalstaatsanwaltes von Panama wird auf Antrag der entsprechenden guatemaltekischen Institution dieser nun die für die Ermittlung notwendigen Informationen über den finanziellen Stand der insgesamt mindestens vierzehn Konten bei panamaischen Banken von Präsident Al-

fonso Portillo, Vize Francisco Reyes López, dessen Sohn Francisco Reyes Wyld und dem Privatsekretär Julio Girón sowie den beiden Strommännern, einem Schwager und einem Freund des Präsidenten, zur Verfügung gestellt. Dazu gehören auch Auskünfte über Daten von Konteneröffnungen, Überweisungen, Einlagen, die Konten, auf die die Überweisungen stattfanden und die Ergebnisse der vorherigen Rechnungsprüfungen.

Vor einem Jahr wurde von den guatemaltekischen Tageszeitungen *Siglo XXI* und *Prensa Libre* der Skandal um die genannten Regierungsmänner und ihre Bankaktivitäten und Gründungen

von vier Scheinunternehmen im südlichsten Land Mittelamerikas enthüllt.

Die Staatsanwältin des Falles, Karen Fischer, fordert nun die Herren dazu auf, die Herkunft der Gelder bekannt zu geben, denn, so Fischer, "wer nichts schuldet hat nichts zu befürchten". Portillo und Reyes López zogen es bislang dennoch vor, sich nicht zum Thema zu äussern.

Der von der guatemaltekischen Staatsanwaltschaft gestellte Antrag an Panama gründet sich auf die *Interamerikanische Konvention gegen Korruption* und den *Vertrag über Gegenseitige Rechtsunterstützung* zwischen den zentralamerikanischen Ländern.

Guatemala – neuer Handelsknotenpunkt?

Guatemala, 17. März. Mit der Unterzeichnung von Konventionen in den Bereichen Erziehung, Kultur und Energie endete das bilaterale Treffen von Guatemala und Kuba in diesen Tagen. Im Bildungssektor vereinbarte man eine verstärkte Kooperation in Form von gegenseitiger Teilnahme an Veranstaltungen zum Thema, dem Austausch in der pädagogischen Forschung und der Weitergabe von Erfahrungen im Gebrauch von neuen Methoden, wie dem Fernsehen oder Radio zur Alphabetisierung. Kuba verpflichtete sich zudem zur Fortsetzung seiner Programme zur Vergabe von Schulstipendien und medizinischer Hilfe; regelmässig führen ca. 490 kubanische Ärzte in 15 Departements medizinische Einsätze durch.

In Sachen Kultur will man hinsichtlich der Pflege des kulturellen Erbes, dem Umgang mit AutorInnenrechten und dem Feld der künstlerischen Lehre voneinander profitieren, während die Zusammenarbeit im Energiesektor darauf abzielt, dass Kuba sein Wissen in Bezug auf die Nutzung von Solarenergie für die Beleuchtung im ländlichen Raum, das Einsparen und Optimieren von Energie und den Einsatz von Nuklearenergie in der Medizin weitergeben will.

Während dessen überlegt man sich in guatemaltekischen Diplomatenkreisen, in der UNO-Menschenrechtssession, welche Ende März in Genf beginnt, für einmal nicht gegen Kuba zu stimmen, sondern sich "lediglich" der Stimme zu enthalten. Doch noch ist das letzte Wort diesbezüglich nicht gesprochen und aus früheren Jahren weiss man, dass da wohl auch die USA noch ein Wörtchen mitreden wird...

Wenige Tage vorher wurde ein Freihandelsabkommen zwischen Guatemala

und Taiwan verabschiedet, wobei das Land des ewigen Frühlings als Tür zum Einzug Taiwans in den amerikanischen Kontinent und die ostasiatische Inselrepublik als Trampolin für die Verbreitung guatemaltekischer Produkte nach Asien dienen soll.

Unterdessen werden auch die Kontakte in den Süden gepflegt: Der im bilateralen Freihandelsabkommens-Protokoll von 1999 geplante Fortschritt der Verhandlungen zwischen Guatemala und Chile wurde mit der Einigung vollzogen, dass Chile in den nächsten fünf Jahren 55% seiner Produkte ohne jegliche Tarife nach Guatemala einführen darf. Im vergangenen Jahr betrug die Exportbilanz US\$ 70,9 Mio. (Benzin, Münzen, Schnittholz, Tomatensaft u.a.) während für US\$ 9,4 Mio. u.a. raffinierter Rohrzucker, Gummi, Insektizide und Zahncreme die Reise in den Süden antraten.

Hinsichtlich der Verhandlungen des Freihandelsabkommens CAFTA mit den USA herrscht unterdessen in guatemaltekischen UnternehmerInnenkreisen sowohl verbreitete Unwissenheit als auch grosse Skepsis. Neben der nationalen wirtschaftlichen Stagnation und der hohen Arbeitslosigkeit, von denen die Kleinbetriebe eh schon betroffen

sind – 59 % der Arbeitenden sind derweil im informellen Sektor tätig – sorgen fehlende gesetzliche Regelungen des guatemaltekischen Banken- und Wirtschaftsmarktes und die Uneinigkeit zwischen den zentralamerikanischen Ländern für Beunruhigung, die durch die von den USA gesetzten Restriktionen und Bedingungen nicht gerade aufgehoben wird.

Für Guatemala stellt die Ware Zucker das Hauptinteresse im CAFTA dar, dieses steht bislang jedoch auf der "sensiblen" Liste und soll separat verhandelt werden. Für Kleidung öffnet sich der Markt der Supermacht im Norden generell gerne, jedoch unter der Voraussetzung, dass diese auch von Grund auf – angefangen beim Faden – aus der amerikanischen Union stammen muss.

Grundsätzliche Bedingung für die Beteiligung Guatemalas am CAFTA stellt ja bekanntlich eh die Erfüllung der US-amerikanischen Drogenkammerforderung von u.a. jährlich 10'000 kg beschlagnahmtem Kokain dar. Nach neunmonatiger Unterbrechung nahm die USA nun ihre Unterstützung diesbezüglich wieder auf und stellte der Polizei 14 Fahrzeuge und Kommunikationsmittel im Wert von US\$ 400'000 zur Verfügung.

Auftrag: Wogen glätten

Guatemala, 15. März. Der guatemaltekische Botschafter in den USA, Antonio Arenales, stellte das Anwaltsbüro *Greenbert Traurig* dazu an, Guatemala zu beraten und im US-Kongress und bei sonstigen einflussreichen Personen entsprechende Lobbyarbeit zu machen, damit Guatemala im nächsten September wieder die US-amerikanische Zertifizierung bekommt und von der Liste der

korrupten Länder gestrichen wird. Im Gegenzug bekommt *Greenbert Traurig* die bescheidene Summe von rund 145'000 US-\$ monatlich.

Ob ein bisschen *smalltalk* mit den richtigen Leuten reicht, um das Bild von Guatemala zu ändern, oder ob nicht doch eher ein paar konkrete Veränderungen in der guatemaltekischen Administration angesagt wären, wird sich weisen.

Wird die Strafjustiz zum Niemandsland?

Guatemala, 18. März. Sergio Morales, Leiter des Menschenrechtsprokurats (PDH) äusserte sich besorgt hinsichtlich der Krise, mit der sich die öffentliche Strafverteidigung konfrontiert sieht. Der stark zusammengestrichene Etat behindert diese staatliche Institution mehr und mehr, ihre Funktionen angemessen auszuüben und jenen Häftlingen zur Seite zu stehen, die sich keine Anwälte leisten können.

Aufgrund der Haushaltskürzung mussten 250 PflichtverteidigerInnen ihr Amt niederlegen, lediglich 98 führen die Arbeit fort. Dies ist definitiv zu wenig und stellt laut Morales ein Risiko für die Strafjustiz und die Gerichtsverwaltung des ganzen Landes an sich dar.

Die Situation wird zudem erschwert durch die Tatsache, dass gerade jetzt Reformen der Strafprozessordnung in Kraft treten sollen, um die Friedensgerichte zu stärken und wofür natürlich auch mehr StaatsanwältInnen und VerteidigerInnen von Nöten sind. Ein weiteres Problem ist das absolute Misstrauen der Bevölkerung in Justizsystem. Gemäss einer Ende 2002 durchgeführten Umfrage bezeichnen 86% der GuatemaltekenInnen die Gerichte als korrupt. Eine eigens für die Untersuchung von Korruptionsfällen in der Rechtssprechung gebildete Kommission erhielt seit ihrer Einsetzung im Jahre 2000 bloss sie-

ben Anzeigen. Davon konnte mangels Beweisen keine zu einem 'positiven' Abschluss geführt werden.

Zu Krise im Justizwesen gesellt sich diejenige im Gefängnisystem, die durch den Rücktritt der Direktorin Irma Arriaza und ihrer Stellvertreterin eine neue Wendung nimmt. Arriaza begründet ihren Rücktritt zum einen damit, dass die oberen Ränge des Regierungsministeriums ihr keine unabhängige Arbeit erlauben, zum anderen solidarisiert sie sich mit dem plötzlich gekündigten Emer Luch, Finanz- und Administrationsleiter der Institution. Kurz zuvor war der "Verlust" von monatlich 7'000, die für die Häftlingsverpflegung gedacht waren, aufgedeckt worden.

Während der sieben Monate, in denen Arriaza der Einrichtung vorstand, kam es zu den zwei blutigsten Gefängnismeutereien des Landes. Die Nachfolge von Arriaza wird von Präsident Portillo bestimmt. Als Zeichen seines Goodwills gegenüber den Menschenrechtsorganisationen bat er diese, geeignete KandidatInnen vorzuschlagen. Laut der Organisation der *Familienangehörigen und FreundInnen verschwundener Personen* (FADS) reicht es aber nicht, die Zivilgesellschaft an der Wahl einer Nachfolge von Arriaza teilnehmen zu lassen. Viel notwendiger wäre das Schaffen und Garantieren von Bedingungen,

damit diese Person unabhängig arbeiten könne.

Auf Druck von sozialen Gruppen und RechtsförsprecherInnen wird die Verabschiedung eines neuen Gesetzes des Strafsystems in die aktuelle Legislativ-Agenda aufgenommen. Darin soll u.a. die Differenzierung der Haftzentren geregelt und der Inhaftierung ohne richterliche Verfügung ein Riegel vorge-schoben werden.

Dazu Ausschnitte eines Kommentars aus der Tageszeitung *Prensa Libre*: "Das Grundproblem der Gefängnisse ist die Verkettung von Korruption, unmenschlichen Bedingungen und dem totalen Mangel an Autorität, die sie in Schweineställe verwandelt. Im *Preventivo* sind die Sektoren 1 und 2 Niemandsland, wo die Verbrecher der schlimmsten und gefährlichsten Sorte regieren, die Teil des organisierten Verbrechens sind und den Drogenhandel im Knast kontrollieren. (...) es ist bekannt, dass viele Häftlinge in der Nacht das Gebäude verlassen, es gibt Waffenhandel und es herrscht starke Komplizenschaft. (...) In keiner realen Demokratie bleibt ein Regierungsminister nach zwei Aufständen mit 20 Toten in seinem Amt, und noch weniger, wenn ein Gefangener ihm per Telefon sagt, wie er seine Arbeit zu tun habe."

Kein Vergessen, keine Resignation

Guatemala, 7. März. Der Oberste Spanische Gerichtshof gab einem Rekurs der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú teilweise statt und ordnete an, dass die unter den Militärregimen von Ríos Montt und Lucas García verübten Menschenrechtsverbrechen untersucht werden, solange sie an spanischen StaatsbürgerInnen begangen wurden. Dies betrifft den Überfall auf die spanische Botschaft vom 31. Januar 1980, bei dem insgesamt 37 Personen umkamen, darunter der Botschaftssekretär, Jaime Ruiz de Arbol, und weitere vier Morde an spanischen BürgerInnen. Ausgeschlossen aus den Untersuchungen sind die an der Mayabevölkerung verübten Massaker.

Carlos Slepoy, einer der Anwälte Menchús, gab bekannt, dass man sich überlege, den Fall an die alleroberste spanische Justizinstanz, das Verfassungsgericht, weiterzuziehen, mit der Begründung, dass der Entscheid mit knappen acht gegen sieben Stimmen gefällt wurde.

Unter dem Titel "Kein Vergessen,

keine Resignation" veröffentlichten die KlägerInnen nach dem Entscheid des spanischen Gerichts eine Presseerklärung, aus der wir im Folgenden zitieren:

"Die Resolution des obersten Gerichts erfüllt die Familienangehörigen der Opfer des guatemaltekischen Genozids mit einer Mischung aus Trauer und Freude. Es ist ein Urteil, das der Mehrheit von uns Gerechtigkeit verweigert und öffnet gleichzeitig eine wichtige Tür für die Opfer spanischer Nationalität. Wir sind tief traurig, weil die Resolution einseitig, ungerecht und diskriminierend ist. Sie ist unakzeptabel, weil

die Richter den einen Gerechtigkeit ermöglichen und den anderen nicht, obwohl wir doch alle Opfer sind. Es erfüllt uns aber mit Freude, zu wissen, dass wenigstens die Opfer spanischer Nationalität Gerechtigkeit erfahren. Die Verbrecher, die die Entführung, Folterung und Ermordung unserer spanischen Brüder und Schwestern veranlassten, sind die selben, die den Befehl gaben, unsere Familienangehörigen zu massakrieren oder verschwinden zu lassen. Wir werden mit Herz und Geist die Prozesse der spanischen Opfer verfolgen und begleiten, denn ihre Sache ist auch unsere Sache."

Neue Marke auf dem Markt: FRG

Guatemala, 14. März. Die Republikanische Front Guatemalas (FRG) hat ihren Wahlslogan "Ich bin FRG" als registrierte Marke angemeldet. Ihr Versuch, dies auch mit "Ich bin Guatemala" zu tun, wurde ihr jedoch verweigert.

Nineth Montenegro von der Opposition machte auf die mögliche Bedeu-

tung dieser Aktion aufmerksam: Dass sich nämlich die Politik für die Regierungspartei in ein gewinnversprechendes Unternehmen gewandelt hat und die Angst eines internen Disputs widerspiegelt, wer denn wohl Interesse an der politischen Ablösesumme der Regierungspartei haben könne.